

**MANIFEST ZU DEN
EUROPAWAHLEN
*im Juni 1994***

**AUF DEM KONGRESS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI EUROPAS AM 6.NOVEMBER 1993 ANGENOMMEN**

VORWORT

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 94 finden in einem neuen Europa statt. Wir haben endgültig die Zeiten der Konfrontation zwischen den großen Mächten überwunden. Die Zukunft Europas muß sich einer unterschiedlichen Situation stellen.

Die vielen Umwälzungen, die unseren Planeten nach dem Herbst 89 getroffen haben, bedeuten neue Herausforderungen, da die Staaten sie nicht mehr alleine lösen können. Hoffnung und Angst mischen sich. Die Mauer in Berlin ist gefallen, der sowjetische Block hat sich aufgelöst, die Länder in Zentral- und Osteuropa suchen ihren Weg zur Demokratie, Europa muß sich nicht länger schämen und kann sich endlich der Aufgabe seines gesamten Aufbaues widmen.

Aber diese neue Situation hat auch schwerwiegende Probleme mit sich gebracht: zum ersten Mal nach über vierzig Jahren erlebt Europa einen Krieg, ohne daß es die politische Kraft hat, diesen Konflikt zu lösen. Ein extremer Nationalismus kommt zum Vorschein und bedroht die politische Stabilität

zahlreicher Länder. Hinzu kommen die vielfältigen strukturellen wirtschaftlichen Probleme, die sich vor allem in einer nicht zu akzeptierenden Arbeitslosigkeit niederschlagen. Heute ist es unsere Aufgabe, neue Antworten angesichts dieser neuen Situation zu finden.

Für uns Sozialdemokraten geht es darum, ein Europa zu schaffen, dessen Ziele gleichermaßen Zusammenarbeit und Integration sind. Nur so können wir die weltweite Wirtschaftskrise, die heute die Grundwerte unserer Institutionen bedroht, überwinden. Auch werden wir unsere Wettbewerbsfähigkeit voranbringen, die bestehenden Arbeitsplätze wo immer möglich sichern, die soziale Sicherheit aufrechterhalten und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industrien stärken, um insbesondere der amerikanischen und asiatischen Herausforderung begegnen zu können. Wir werden eine neue Partnerschaft zwischen Nord und Süd begründen und für einen besseren Umweltschutz eintreten.

Dies sind die Ziele des Wahlkampfes der europäischen Sozialdemokraten. Wir

müssen unbedingt den Aufbau Europas vorantreiben und die Vertrauenskrise überwinden. Nur eine starke Gemeinschaft kann uns ein dauerhaftes und stabiles Wirtschaftswachstum garantieren und den Frieden und die Sicherheit erhalten. Die Sozialdemokratische Partei Europas, die die Parteien der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Staaten der EFTA umfaßt, ebenso wie die assoziierten und Beobachterparteien, wird in diesem Sinne arbeiten. In Zusammenarbeit mit der Fraktion der SPE im Europäischen Parlament wird sie beim Aufbau des Europa helfen, das wir wollen.

Das Europa, das wir wollen, ist kein geschlossener Klub, sondern im Gegenteil offen. Daher ist für uns die Erweiterung der Europäische Union von großer Bedeutung. Die beitrittswilligen Länder Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen werden an der Zukunft Europas teilnehmen. Ihr Beitritt wird den Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken und ein wesentlicher Beitrag für die innere Stabilität Europas sein.

Aus diesen Gründen haben die Mitgliedsparteien der

Sozialdemokratischen Partei das vorliegende Manifest angenommen. Es stellt kein detailliertes Programm dar sondern einen Rahmen, in dem wir unsere politische Zukunft beschreiben. Die großen Linien sind: Schaffung von Arbeitsplätzen, Garantie des sozialen Fortschritts, Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes, Anstrengungen zu einer wirkungsvolleren Gleichstellung der Geschlechter, Frieden und Sicherheit, Kampf gegen den Rassismus, Regelungen für die Einwandererströme und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Dieses sind unsere Prioritäten, die wir für ein Europa von morgen verwirklichen wollen, das von dem Reichtum seiner kulturellen Unterschiede lebt.

Dieses Europa, das wir Sozialdemokraten, Sozialisten und Vertreter von Arbeiterparteien wollen, wird sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Unser Europa respektiert die verschiedenen Traditionen in unseren Ländern. Der folgende Text erkennt die nationalen Unterschiede an, so wie es der Rat im Dezember 1992 in Edinburg getan

hat, als er Dänemark erlaubte, einige Regeln, die im Vertrag zur Europäischen Union vorgesehen sind, nicht anzuwenden.

Um dies zu verwirklichen, brauchen wir Sozialdemokraten. Wenn Sie dieses Europa wünschen, können Sie auf uns zählen. Zum ersten Mal sind wir vereint in der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Alle sprechen von Europa. Wir jedoch arbeiten für ein vereinigtes, stabiles, solidarisches und blühendes Europa. Den Fortschritt gibt es nur mit uns.

WILLY CLAES

*Präsident der
Sozialdemokratischen Partei Europas*

EUROPA STEHT AM SCHEIDEWEG

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE

Vor 50 Jahren setzten die Überlebenden von zwei schrecklichen Weltkriegen auf ein gemeinsames Europa.

Ihr Ziel hieß: Nie wieder Krieg!

Ihr Weg führte zur Europäischen Gemeinschaft.

In ihr haben sich Völker versöhnt, die über Generationen Feinde waren. Sie hat Nationen aufgenommen, die die Diktatur in ihrem Land besiegt haben.

Heute muß sich dieser Weg neu bewähren.

Mit dem Fall der Berliner Mauer begann eine Epoche fundamentaler Veränderungen.

Europa steht am Scheideweg: Jedes unserer Länder ist zu klein, um die großen Probleme allein lösen zu können. Nur gemeinsam sind wir stark.

Deshalb sagen wir Sozialdemokraten ja zur Europäischen Union:

Jetzt gemeinsam für gute Nachbarschaft arbeiten, damit Nationalismus und Rassismus überwunden werden;

Jetzt gemeinsam die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, damit sozialer Fortschritt in Europa Zukunft hat;

Jetzt gemeinsam den Raubbau an der Natur stoppen, damit wir die Welt für unsere Kinder bewahren;

Jetzt gemeinsam Forschung und Technologie voranbringen, damit Europa nicht zurückbleibt;

Jetzt gemeinsam auf die Herausforderungen der Vereinigten Staaten und der asiatischen Länder antworten, damit das europäische Modell der sozialen Demokratie und des Sozialstaates erhalten bleiben;

Jetzt europaweit als Gegengewicht zur unaufhörlich zunehmenden internationalen Finanzmacht und den weltweiten Aktivitäten grenzüberschreitender Unternehmen zusammenarbeiten;

Jetzt international gemeinsam handeln, damit die Welt gerechter und friedlicher werden kann;

- das ist unsere europäische Vision.

Die Konservativen setzen überall in Europa nur auf das Dogma des Marktes und provozieren damit den Abbau sozialer Errungenschaften.
Das ist der falsche Weg.

Frieden und gute Nachbarschaft, Demokratie und Menschenrechte,

Soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung,
Solidarität und Verantwortung,
Arbeit und soziale Sicherheit,
- so muß unser Europa aussehen !

Bei den Wahlen 1994 geht es um den richtigen Weg. Mehr als je zuvor brauchen wir dafür eine starke Europäische Union.

Eine EU, die sich als eine erfolgreiche Friedensgemeinschaft bewährt und die den Prinzipien der Demokratie und den Traditionen des sozialen Fortschritts verpflichtet ist.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Viele Menschen sehen in der EU von heute

zu viel Bürokratie und zu wenig Demokratie,
zu viel Ungleichheit und zu wenig Solidarität,
zu viel kurzfristige Wirtschaftsinteressen

und zu wenig Engagement für die Umwelt,
zu viel nationale Interessen und zu wenig Einigkeit in der Außenpolitik.

Die EU ist von unserem Europa noch weit entfernt. Das wollen wir ändern.

Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er gibt dem Europäischen Parlament mehr Einfluß und macht die Europawahlen wichtiger. Das nächste Parlament hat die historische Chance, Einfluß auf die Wahl der Kommission zu nehmen und sie demokratisch zu kontrollieren. Die Stimmen der Sozialdemokraten werden dabei entscheidend sein.

Wir Sozialdemokraten sind als führende Kraft im Europäischen Parlament in den letzten fünf Jahren der Anwalt für ein neues soziales und demokratisches Europa gewesen. Dazu haben wir wesentliche Initiativen ergriffen:

- nur durch uns sind die Mittel für die Strukturfonds verdoppelt und damit ein Stück Gerechtigkeit zwischen den reichen und armen Regionen der Gemeinschaft erreicht worden,

- nur durch uns sind die Standards im Bereich des Arbeitsschutzes europaweit deutlich angehoben und damit der Schutz der Gesundheit der arbeitenden Menschen ausgebaut worden,
- nur durch uns sind hohe Umweltstandards dem Europäischen-Rat und der Europäischen-Kommission abgerungen und damit die Lebensqualität in Europa gesteigert worden,
- nur durch uns sind die Mittel für Forschungs- und Technologiepolitik gesteigert und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Europa gefestigt worden.

Diesen Weg wollen wir weitergehen:

Arbeit schaffen, den sozialen Fortschritt sichern und den Zusammenhalt fördern!
Frauen und Männer gleichstellen!
Umwelt und Verbraucher schützen!
Frieden schaffen!
Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen!
Organisierter Kriminalität entgegenreten!
Mehr Demokratie wagen!

Das sind unsere Ziele.

ARBEIT SCHAFFEN. DEN SOZIALEN FORTSCHRITT SICHERN

UND DEN ZUSAMMENHALT FÖRDERN

M illionen Menschen in ganz Europa sind heute ohne Arbeit. Die Armut wächst. Der soziale Frieden in Europa ist bedroht.

Jetzt müssen wir Arbeit schaffen, Einkommen gerechter verteilen und den sozialen Fortschritt sichern. Dabei werden wir nur gemeinsam erfolgreich sein.

Wir wollen alle Anstrengungen darauf konzentrieren, die Arbeitslosigkeit schnell deutlich zu verringern. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jeder Mensch einen Arbeitsplatz

oder eine Beschäftigung hat. Nur durch eine gemeinsame europäische Strategie werden wir dieses Ziel erreichen.

Der Vertrag von Maastricht trägt dazu bei. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion und mit einer wirklichen gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik kann die Europäische Union jetzt den Weg des umweltfreundlichen Wachstums und der

Vollbeschäftigung einschlagen und sich im weltweiten Wettbewerb behaupten.

Die Auffassung der Konservativen, Europa mit dem Abbau sozialer Errungenschaften wettbewerbsfähiger zu machen, ist nicht zu akzeptieren. Vielmehr müssen wir gerade jetzt die europäischen Stärken im weltweiten Wettbewerb entfalten: Millionen motivierter und gut ausgebildeter Arbeitnehmer, der größte gemeinsame Markt der Welt, eine leistungsfähige Forschung, stabile Demokratien, eine hohe soziale Sicherheit, relativ hohe Umweltstandards und eine beispiellose kulturelle Vielfalt.

Wir brauchen einen europäischen Pakt für Beschäftigung und Zukunftsinvestitionen ebenso wie eine sofortige Initiative der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wenn möglich zusammen mit den anderen führenden Industrienationen der Welt: Niedrige Zinsen, Maßnahmen zum Wohnungsbau und zur Modernisierung unserer Städte, der Aufbau der schwächeren Regionen, die ökologische Erneuerung der Wirtschaft, ein

umweltfreundliches Verkehrssystem und eine leistungsfähige Berufsausbildung - das alles trägt zu mehr Beschäftigung bei.

Um die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, müssen wir auch die Arbeit anders organisieren.

In Verhandlungen mit den Sozialpartnern müssen die Bedingungen dafür so

festgelegt werden, daß die Wettbewerbsfähigkeit erhalten wird.

Dazu gehört eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit, um die vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Dafür gibt es unterschiedliche Wege, wie z.B. die 35 - Stunden-Woche, 4 - Tage-Woche, Freistellung für Fortbildung, selbstgewählte Teilzeitarbeit, usw. Wir brauchen vor allem auch gezielte Maßnahmen gegen die Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit. Dazu gehört auch ein Bildungssystem, welches besser auf die Bedingungen einer modernen Gesellschaft vorbereitet, und eine verbesserte gegenseitige Anerkennung der

Ausbildungsgänge und Abschluszeugnisse innerhalb der Europäischen Union.

Wir wollen wirtschaftliche Stabilität. Deshalb sind wir für eine einheitliche Währung, an der sich alle Mitgliedstaaten beteiligen können. Damit kann die EU als bedeutendes Finanzzentrum ihr wirtschaftspolitisches Gewicht weltweit einsetzen. Und sie kann Währungsspekulation verhindern, die den wirtschaftlichen Fortschritt untergräbt.

Die Mitgliedstaaten müssen wirtschaftlich zusammenwachsen, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion Erfolg haben soll. Wir betrachten dabei wirtschaftliche Übereinstimmung als eine notwendige Grundlage für den Erfolg.

Unsere Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der EU ist ein wichtiger Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung: Wir wollen den Wohlstand in allen Teilen der Europäischen Union entwickeln und gerechter verteilen. Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren ist ein Stützpfiler der Europäischen Union.

Deshalb sind die Strukturfonds und der im Maastrichter Vertrag beschlossene Kohäsionsfonds bedeutende Zukunftsinvestitionen. Es ist notwendig, sie so effektiv wie möglich zu nutzen. Sie helfen schwächeren Regionen, sich weiterzuentwickeln. Sie helfen alten Industriegebieten, sich umzustellen. Sie helfen besonders benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, z.B. durch Umschulung oder Ausbildung von Jugendlichen. Sie fördern Umweltschutz und Beschäftigung. Das alles ist nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft: Je besser es den einzelnen Mitgliedsstaaten geht, desto besser geht es der ganzen Europäischen Union.

Wir wollen auch in den Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas investieren. Das hilft den Menschen und schafft Arbeitsplätze in ganz Europa. Für den Aufbau im Osten brauchen wir auch einen Ausbau im Westen.

Die Kraft der EU, zum wirtschaftlichen Aufschwung in ganz Europa beizutragen, hängt davon ab, wie erfolgreich sie den Wettbewerb mit den stärksten Industrienationen der Welt besteht.

Eine gemeinsame Industrie- und Forschungspolitik ist dafür besonders wichtig. Im Bereich der Hochtechnologie sind wir zurückgefallen. Wir werden deshalb Programme fördern, mit deren Hilfe wir besonders auf den Gebieten der Informations-, Bio-, Umwelt- und alternativen Energietechnologie als Gemeinschaft Boden gut machen können. Sie sollen besonders den kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen.

Wir wollen mit den ärmsten Staaten der Welt eine wirkliche Partnerschaft aufbauen und zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen. Vor allem müssen wir ihren Zugang zu den Märkten der Europäischen Union erleichtern.

Die Handelsbeziehungen mit den anderen Industriestaaten müssen fair und gerecht sein und auf gegenseitigen Zugeständnissen aller Partner beruhen. Gegen unfaire Handelspraktiken muß die Europäische Union Maßnahmen ergreifen.

Die EU muß in internationalen Abkommen dafür sorgen, daß elementare Standards der Menschenrechte, des Umweltschutzes und der sozialen Rechte in der Weltwirtschaft beachtet werden.

Das Prinzip des freien Welthandels darf nicht mißbraucht werden, um soziale Errungenschaften in Europa zu zerstören. Wir müssen unsere Wirtschaft vor unlauterer Konkurrenz schützen und internationales Sozial- und Umweltdumping unterbinden.

Wir wollen die Europäische Sozialcharta mit Leben erfüllen. Für uns ist die Europäische Union der richtige Weg, den sozialen Fortschritt, der für unsere Länder heute charakteristisch ist, zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Wir wollen mehr Demokratie in der Wirtschaft. Europäische Betriebsräte, Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen und europäische Branchentarifverträge gehören dazu.

Auch innerhalb des Binnenmarktes wollen wir unlautere Konkurrenz ausschließen. Wir setzen uns deshalb für ein garantiertes Mindesteinkommen ein und für soziale Mindestnormen in der EU, und damit für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Das gilt vor allem für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, für Kündigungsschutz, für Arbeitszeitregelungen, für die soziale Absicherung der Beschäftigten und die Gleichstellung von Frauen sowie für den Schutz von Halbtags-, Teilzeit- und Gelegenheitsarbeiterinnen und -arbeitern.

Wir wollen Solidarität zwischen den Generationen, um der älteren Generation einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft zu verschaffen.

Für die vor uns liegenden großen Aufgaben brauchen wir einen leistungsfähigen und unbürokratischen Staat, der seiner sozialen Verantwortung gerecht werden und den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Dienstleistungen gewährleisten kann. Das setzt ausreichende staatliche Mittel voraus. Mit Hilfe gemeinschaftlicher Maßnahmen wollen wir einen Steuersenkungswettbewerb unter den Mitgliedsstaaten unterbinden.

Wir befürworten ein Steuersystem, das die Arbeit weniger und Umweltschädigung dafür mehr belastet.

FRAUEN UND MÄNNER GLEICHSTELLEN

Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verwirklichen.

Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, die noch immer bestehenden Unterschiede in der Beschäftigungspolitik, die Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt, die Diskriminierungen bei der Bezahlung und in den Systemen der sozialen Sicherung, und nicht zuletzt die mangelnde Repräsentanz in allen Bereichen des öffentlichen Lebens setzen der Emanzipation der Frau überall in der EU enge Grenzen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise trifft die Frauen besonders hart. Bisher schon - auch mit Hilfe der EG - Erreichtes ist bedroht.

Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, unsere Ziele durchzusetzen:

Gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt!

Gleiche Behandlung in den Systemen der sozialen Sicherung!

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

Gleiche Möglichkeiten für Frauen und Männer, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren - insbesondere durch Maßnahmen der Kinderbetreuung!

Gleiche Chancen für die Beteiligung an der Politik!

Auf diesem Weg muß die Europäische Union vorangehen.

UMWELT UND VERBRÄUCHERSCHÜTZEN

Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für Europas Meere und Seen, für unsere Küsten und Flüsse, für unsere Wälder, für Wasser, Boden und Luft.

Wir brauchen eine gemeinsame europäische Umweltpolitik, weil Umweltverschmutzung keine Grenzen kennt.

Wir leben auf Kosten der Natur.
Wir drohen die Welt zu zerstören, die unseren Kindern gehört.
Das muß sich ändern.

Der Vertrag über die Europäische Union trägt dazu bei: Er macht Entscheidungen für den Umweltschutz leichter. Außerdem hat er die EU auf dauerhaftes, umweltverträgliches Wachstum verpflichtet.

Jetzt gilt es, diese neuen Möglichkeiten zu nutzen:
Wir Sozialdemokraten wollen eine EU, die

ihre wirtschaftliche Kraft für die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft einsetzt. Das schafft Arbeit und Vorteile im internationalen Wettbewerb.

Wir fordern eine Umweltcharta der EU mit einklagbaren Rechten und die Verwirklichung der Vereinbarungen des Gipfels von Rio.

Wir wollen das Klima schützen und deshalb weniger Energie verbrauchen und erneuerbare Energien fördern. Dazu können gezielte steuerliche Maßnahmen beitragen. Wir begrüßen das FCKW-Verbot, für das wir gekämpft haben. Es muß auf alle Stoffe ausgedehnt werden, die die Ozonschicht zerstören.

Wir wollen eine europäische Gemeinschaftsaktion, um die Kernreaktoren und die Wiederaufbereitungsanlagen sicherer zu machen. Gefährliche

Kernreaktoren müssen ohne Verzug abgeschaltet werden.
Wir wollen eine europäische Abfallpolitik. Unsere Prioritäten sind: Vermeiden und Wiederverwerten. Für Deponien und Verbrennungsanlagen müssen hohe Mindeststandards gelten. Müllexporte nach Osteuropa oder in Entwicklungsländer des Südens lehnen wir ab.

Wir wollen die Maßnahmen der EU für saubere Luft, saubere Gewässer und saubere Böden weiterentwickeln.

Wir wollen Maßnahmen, die die Versteppung bekämpfen und die Wiederaufforstung unterstützen.

Wir wollen die natürliche Umwelt von Pflanzen und Tieren schützen; Naturschutzgebiete und Reservate tragen zum Überleben bedrohter Arten bei.

Wir wollen die Verkehrslawine eindämmen, die unsere Straßen verstopft und unsere Luft verschmutzt. Steuerliche Maßnahmen, funktionierende öffentliche Nahverkehrssysteme und ein europaweites Netz von Hochgeschwindigkeitszügen können zur Entlastung von Mensch und Umwelt beitragen. Die Verkehrspolitik der Europäischen Union muß darauf ausgerichtet sein, den Güterverkehr auf langen Strecken und den Transport gefährlicher Güter auf die Schiene und auf Wasserwege zu verlegen. Die einseitige Bevorzugung des Straßenverkehrs muß beendet werden.

Wir wollen die Reform der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik fortsetzen. Die hohen Ausgaben für den Agrarsektor dürfen nicht dazu führen, unnötige Überschüsse durch die Steuerzahler zu finanzieren. Stattdessen wollen wir die Einkünfte der Landwirte und Fischer

stützen, den Umweltschutz intensivieren und die ländlichen Räume insgesamt fördern.

Wir wollen mehr umweltfreundliche extensive Produktion. Lebensmittel müssen frei von Rückständen sein.

Wir wissen um den Beitrag der Landwirtschaft zur Erhaltung unseres Naturerbes. Besondere Leistungen der Naturpflege können auch besonders vergütet werden.

Wir wollen die zukünftige Agrar- und Fischereipolitik stärker mit der Regionalpolitik, der Sozialpolitik und der Umweltpolitik verbinden, damit die Menschen auf dem Lande und an den Küsten wieder eine Zukunft bekommen.

Wir wollen eine aktive Verbraucherpolitik: umfassende Information, hohe Standards

bei der Sicherheit von Produkten und der Kennzeichnung von Lebensmitteln und die Unterstützung der europäischen Verbraucherorganisationen gehören dazu.

Um die Lebensqualität zu verbessern, ist eine europäische Zusammenarbeit auch bei öffentlicher Gesundheitspolitik notwendig, insbesondere bei der Erforschung der Krankheiten wie Krebs und AIDS.

FRIEDEN UND SICHERHEIT

DURCH ZUSAMMENARBEIT SCHAFFEN

Mit dem Ende des Kalten Krieges verbanden viele Menschen Hoffnung auf dauerhaften Frieden in der Welt.

Diese Hoffnungen sind bitter enttäuscht worden.

Frieden schaffen durch Zusammenarbeit - dafür stehen wir Sozialdemokraten seit jeher.

Wir wollen, daß die EU jetzt alle ihre Kräfte für dieses Ziel einsetzt.

Der Maastrichter Vertrag ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

In einer von Instabilität bedrohten Welt kann die Europäische Union selbst das beste Beispiel für ein friedliches Miteinander von Völkern sein.

Unsere wichtigste friedenspolitische Aufgabe ist der Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, zwischen armen und reichen Staaten. Denn als Insel

des Wohlstands in einem Meer von Armut kann die EU nicht bestehen. Deshalb wollen wir mehr Mittel für Entwicklung aufwenden und weniger für Rüstung: mehr für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung tun und weniger Protektionismus praktizieren.

Die Verbesserung der Lage in den armen Regionen der Welt ist vor allem ein Gebot der Solidarität. Sie trägt darüber hinaus aber zur wirtschaftlichen Gesundung bei uns bei.

Um Ursachen von Krisen und Konflikten möglichst vorbeugend entgegenzuwirken, wollen wir die Vereinten Nationen stärken und reformieren. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, Frieden zu sichern und Frieden durchzusetzen. Im Rahmen einer gemeinschaftlichen Außen- und Sicherheitspolitik sollte auch die Frage eines ständigen Sitzes der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat beantwortet werden.

Wir wollen Menschenrechte und Demokratie weltweit fördern. Kriegsverbrechen und Verstöße gegen die

Menschenrechte gehören vor einen internationalen Gerichtshof.

Für den Frieden ist enge Zusammenarbeit wichtiger als militärische Stärke. Aber ohne Sicherheit vor militärischen Bedrohungen kann es keinen Frieden geben.

Den Frieden in Europa zu sichern ist vor allem Aufgabe der Europäer selbst.

NATO, WEU, NACC und KSZE sind wichtige Elemente eines gemeinsamen Sicherheitssystems für ganz Europa. Auch die Staaten, die nicht Mitglied einer militärischen Allianz sind, haben dabei eine wichtige Aufgabe.

Gemeinsam wollen wir in Übereinstimmung mit der Charta von Paris Konflikte friedlich lösen, den Schutz von Minderheiten fördern und allen Versuchen zur gewaltsamen Veränderung von Grenzen widerstehen.

Gemeinsam treten wir für Abrüstung, für Rüstungskontrolle sowie für Kontrollen des Exports von Waffen und gefährlichen

Technologien ein. Außerdem arbeiten wir für die Nichtweiterverbreitung von Waffensystemen und gefährlichen Technologien.

Gemeinsam wollen wir europäische Friedenstruppen schaffen, die der KSZE und den Vereinten Nationen zur

Verfügung gestellt werden. Kein Land kann gezwungen werden, sich an diesen Truppen zu beteiligen.

Eine offene EU ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Partnerschaft in der Welt.

Prag, Warschau und Budapest sind genauso europäische Städte wie Paris, Lissabon und Kopenhagen. Und das Mittelmeer gehört genauso zu Europa wie die Ostsee.

Wir wollen die EU erweitern und öffnen. Dabei ist eine erfolgreiche Integration Westeuropas die beste Voraussetzung für den Aufbau Gesamteuropas. Staaten, die der EU beitreten wollen, müssen deshalb die wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen und die Ziele der Europäischen Union mit allen Rechten und Pflichten teilen.

Außerdem wollen wir die Entscheidungsfähigkeit der EU erhalten und verbessern. Deshalb muß die Erweiterung der Europäischen Union durch ihre Vertiefung begleitet sein.

Wir wollen den Beitritt der EFTA-Staaten zur EG so schnell wie möglich.

Wir nehmen die Stellungnahme der Kommission zu den Beitrittsgesuchen von anderen Ländern zur Kenntnis.

Wir wollen den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas den europäischen Weg öffnen. Sie brauchen jetzt vor allem Hilfe zum Wiederaufbau, Zugang zum Markt der Europäischen Union sowie kulturelle und politische Zusammenarbeit.

Schließlich wollen wir die Zusammenarbeit mit den Nachbarn in ganz Europa und in der ganzen Mittelmeerregion entwickeln: Enge Kooperation beim Handel oder beim Tourismus, bei der Energieversorgung oder beim Umweltschutz ist ein Weg zu guter Nachbarschaft und Stabilität.

ZUWANDERUNG GEMEINSAM REGELN

DEN RASSISMUS BEKÄMPFEN

Viele Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht.

Zu allen Zeiten hat die Einwanderung die Länder Europas bereichert. Das wird auch in Zukunft so sein.

Die EU kann nicht alle Auswanderer aufnehmen, die sich in der Europäischen Union niederlassen wollen. Aber sie muß ihre Toleranz und Gastfreundschaft bewahren.

Daher ist es notwendig, gemeinsame europäische Vereinbarungen zu schaffen, die sowohl für die Außengrenzen der Europäischen Union als auch für ihr gesamtes Gebiet gelten.

Wir wollen, daß politische Flüchtlinge in der EU eine sichere Zuflucht finden.

Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention müssen Asyl gewährt bekommen.

Menschen, die vor Hunger, Krieg oder Katastrophen fliehen, müssen für eine

begrenzte Zeit Aufnahme finden können oder in der Region ihrer Herkunft Schutz erhalten.

Die Anzahl von Einwanderern, die aus wirtschaftlichen Gründen in die EU wollen, muß daher gesteuert werden.

Illegaler Beschäftigung und illegaler Zuwanderung wird gemeinschaftlich entgegengetreten.

Vor allem ist es notwendig, die Gründe für das Verlassen der Heimat und damit der Auswanderung zu bekämpfen.

Ausländer von außerhalb der Europäischen Union, die seit mehreren Jahren legal in der EU leben, muß die Integration erleichtert werden - dazu gehören zum Beispiel das kommunale Wahlrecht, die Familienzusammenführung und die erleichterte Einbürgerung.

Die Zuwanderung und die sozialen Sorgen vieler Menschen werden zunehmend für rechtsradikale Aktivitäten mißbraucht. Wir sagen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen nie wieder eine Chance haben. Dazu soll die EU mit einer eigenen Kampagne beitragen. Rechtsradikale und rassistische Aktivitäten müssen gesetzlich verfolgt werden.

Wir wollen eine europäische Gesellschaft, die gleiche Chancen für alle Menschen, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ihrer Religion oder ihrer Lebensauffassung garantiert.

ORGANISIERTES VERBRECHEN BEKÄMPFEN

Die Kriminalität in Europa kennt keine Grenzen mehr. Sie gefährdet die Bürgerinnen und Bürger, sie durchsetzt die Wirtschaft und sie untergräbt die Demokratie.

Das Geschäft mit Drogen und Waffen, die Geldwäsche und der Terrorismus, der Menschenhandel zum Zwecke der Prostitution und andere Formen des internationalen Verbrechens können nur gemeinsam erfolgreich bekämpft werden.

Wir fordern daher:

- Eine engere Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden der Mitgliedstaaten. Einen zügigen Aufbau von EUROPOL unter gemeinschaftlicher demokratischer Kontrolle. Strengere Maßnahmen gegen "Geldwäsche" und Wirtschaftskriminalität.

Der koordinierte Kampf gegen den Drogenhandel muß begleitet werden von einer Politik, die Drogenopfern hilft.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Die Zukunft Europas liegt nicht in einem zentralisierten Superstaat. Nur ein demokratisches Europa ist ein starkes Europa. Nur Transparenz schafft Vertrauen und beugt dem Mißbrauch politischer Macht vor.

Der Vertrag zur Europäischen Union stärkt das Europäische Parlament.

Aber das reicht nicht aus. Die für 1996 vorgesehene Revision des Vertrages wollen wir nutzen, um die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen.

Die umfassende demokratische Beteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger, die Identität der Nationen und die Vielfalt der Regionen müssen zum Markenzeichen der Europäischen Union werden:

Wir wollen, daß das Europäische Parlament über ein Initiativrecht verfügt und daß vom Europäischen Parlament und Rat gemeinsam getroffene

Entscheidungen ebenso wie die Abstimmung mit qualifizierten Mehrheiten im Rat die Regel sind.

- Wir wollen, daß die nationalen Parlamente die Europapolitik der Mitgliedstaaten demokratisch kontrollieren.
- Wir sind für eine Beteiligung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften im EU-Entscheidungsprozeß; dazu kann der neue Ausschuß der Regionen beitragen.
- Wir wollen den Grundsatz der "Subsidiarität" strikt befolgen. In Zukunft muß es heißen: So viel nationale und regionale Entscheidungen wie möglich. Aber europäische Regelungen und Gesetzgebung wo nötig.

Dieses Prinzip darf aber nicht mißbraucht werden, um Fortschritte in der europäischen Umwelt- oder Sozialpolitik zu blockieren.

Ein demokratisches Europa muß von unten wachsen:

Die Partnerschaften von Städten und Gemeinden weiter pflegen.

Ihre Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der EU weiter fördern.

Die erfolgreichen Jugendaustauschprogramme fortsetzen und erweitern, ebenso wie die Mobilität der Jugendlichen, damit europäisches Verständnis wachsen kann.

Es ist notwendig, die Entwicklung europäischer Jugendorganisationen zu unterstützen.

Ein Bildungssystem aufbauen, in dem mehr Fremdsprachen gelernt und die Menschen einander näher gebracht werden.

- nur so kann der ganze kulturelle Reichtum unseres Kontinents von möglichst vielen Menschen erlebt werden.

Eine stabile Demokratie erfordert glaubwürdige Politik.

Parteien sind in modernen Demokratien unverzichtbar. Sie sind die Grundlagen, die die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Leben

ermöglichen. Die Verbesserung ihrer Arbeit ist daher eine notwendige Voraussetzung, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zu verstärken und um eine größere Beteiligung an politischen Entscheidungen zu erreichen.

Korruption, persönliche Bereicherung oder illegale Parteienfinanzierung erschüttern das Vertrauen in die Politik und damit auch in die Demokratie. Solche Praktiken verstoßen gegen unsere Prinzipien.

Wir sind für strikte Regeln gegen Machtmißbrauch und Korruption. Wir fordern, daß Parteienfinanzierung transparent ist und öffentlicher Kontrolle unterliegt.

VON EUROPA REDEN ALLE

DEN FORTSCHRITT GIBT ES NUR MIT UNS

Wir, die Sozialdemokraten in Europa, nehmen die neuen

Herausforderungen an.

Zum ersten Mal treten wir zu den Europawahlen als Sozialdemokratische Partei Europas gemeinsam an.

Wir alle haben verschiedene Traditionen und eigene Aufgaben in unseren Heimatländern.

Aber unsere gemeinsame Vision heißt: Europa muß zusammenwachsen.

Die EG muß mehr sein als ein großer Markt. Wir wollen sie zu einer wirklichen Gemeinschaft machen, die den großen europäischen Traditionen der

parlamentarischen Demokratie, der Menschenrechte und des Sozialstaates verpflichtet ist. Und in der die reiche kulturelle Vielfalt Europas bewahrt und gestärkt wird.

Wir stehen am Beginn einer Epoche neuer Möglichkeiten.

Die alten Antworten ergeben keine Zukunft mehr.

Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen.

Dafür stehen wir.

Wir rufen alle Frauen und Männer auf, mit uns zusammen die Hoffnung auf ein friedliches und soziales Europa zu verwirklichen.

Jede Stimme zählt, um eine starke Vertretung der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament zu sichern.

Von Europa reden alle - den Fortschritt gibt es nur mit uns.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS

(1) Das vorliegende Manifest muss vor dem Hintergrund des Übereinkommens des Europäischen Rates vom Dezember 1992 in Edinburgh gesehen werden, in dem für Dänemark in mehreren Bereichen, die im Vertrag zur Europäischen Union festgelegt sind, eine besondere Regelung vorgesehen ist.